

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstr. 19-20
10117 Berlin

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

03.04.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen zur Europawahl 2019, die wir wie folgt beantworten:

1. Sind Sie dafür, den Dienstleistungssektor weiter zu liberalisieren und zu globalisieren und damit die Löhne noch stärker dem globalen Konkurrenzdruck auszusetzen?

Nein, wie sie schon richtig feststellen, ist der globale Konkurrenzdruck hoch. Dies führt im Kampf um Arbeitsplätze zu einem Steuerunterbietungswettbewerb unter den Staaten, was zu lasten der Gesamtbevölkerung geht.

Sind Sie dafür, die öffentliche Daseinsvorsorge weiter zu kommerzialisieren und zu privatisieren?

Nein, öffentliche Daseinsvorsorge hat ihren Namen daher, dass sie von der Öffentlichkeit, als der Allgemeinheit, bezahlt wird und ihr zu gute kommt.

Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?

Nein, wir haben umfangreiche Grundsätze für die Zustimmung von Handelsabkommen beschlossen. Die von Ihnen angesprochenen Punkte sind nur ein kleiner Teil davon.

Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei Deutschland

Telefon:
+49 30 2757 2040

Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS

Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

2. Sind Sie dafür, die Agrarmärkte weiter zu globalisieren und mit Handelsabkommen weitere Märkte für europäische Agrarexporte zu öffnen bzw. die europäischen Agrarmärkte für mehr Importe zu öffnen, obwohl bäuerliche Familienbetriebe sowohl in Europa als auch anderswo der globalen Konkurrenz nicht gewachsen sind und daher aufgeben müssen?

Nein, wir sind Verfechter der bäuerlichen Landwirtschaft, nicht der industriellen. Es muss für den lokalen Markt produziert werden, nicht für den globalen, der dann wieder zu einem Unterbietungswettlauf führt.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Werden Sie Handelsabkommen zustimmen, die dies zum Ziel oder zur Folge haben?

Nein, auch dies entspräche nicht unseren Grundsätzen.

3. Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Bestimmungen zu "regulatorischer Kooperation" abzuschließen, obwohl damit Demokratie und Arbeitsrechte beschnitten sowie Regulierungen im öffentlichen Interesse für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und anderes erschwert und von der Zustimmung anderer Staaten abhängig gemacht werden?

Nein, regulatorische Kommission oder Kooperation sind mit demokratischen Grundsätzen oder Nachhaltigkeitskriterien nicht zu vereinbaren. Höchste Standards in Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz müssen gewährleistet sein und optimierenden Erkenntnissen angepasst werden können.

4. Sind Sie dafür, ein paralleles Rechtssystem für multinationale Unternehmen (sogenannte "Investitionsschutz-Schiedsgerichte") mit Handels- und Investitionsschutzabkommen weiter auszubauen?

Nein, private Schiedsgerichte sind genauso wenig mit demokratischen Grundsetzen und dem Selbstbestimmungsrecht der Staaten vereinbar.

5. Sind Sie dafür, Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltschutz einen geringeren Stellenwert als einer Ausweitung des Handels zu geben und werden Sie Handelsabkommen unterstützen, in denen dies festgeschrieben wird?

Nein, Grundrechte, wie in der Menschenrechtskonvention festgeschrieben oder sonstige Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung aufzugeben, ist für uns keine Option.

Sind Sie dafür, Handelsabkommen mit Staaten abzuschließen, die das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen nicht unterzeichnet oder ihren Austritt angekündigt haben, oder die die Umsetzung des Übereinkommens nicht gewährleisten?

Nein, wir halten das Pariser Klimaschutz-Übereinkommen für einen wichtigen, wenn auch viel zu kleinen, Schritt, um eine Überleben der Menschheit zu ermöglichen.

Sind Sie dafür, dass geplante Maßnahmen, die sicherstellen, dass eingeführte Produkte nicht zur Vernichtung bzw. Degradierung von Wäldern führen, von Handelsabkommen ignoriert werden können?

PIRATENPARTEI
Deutschland

Nein, auch dies ist nicht mit unseren Nachhaltigkeitsgrundsätzen vereinbar.

6. Sind Sie dafür, Handelsabkommen abzuschließen, die das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten einschränken, Regelungen zum Ort der Datenverarbeitung (Localisation), zur Offenlegung von Quellcodes (Open Source) oder zur Besteuerung von datenbasierten Wirtschaftsaktivitäten (Taxation) zu beschließen?

Jain. Denn es kommt auf die Form der Einschränkung an. Wenn es der Ort der höchstmöglichen Datensicherheit ist, der vorgeschrieben wird, wenn Open Source die Grundlage der Datenermittlung ist oder wenn Taxation tatsächlich verbindlich wird, können wir damit sehr gut leben.

Selbstverständlich stehen wir für weitere Auskünfte gerne bereit.

Mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskordinator Wahlprüfsteine